

Haushaltsrede CDU-Fraktion

Gemeinderatssitzung am 27. November 2025

Fraktionsvorsitzender Thomas Wagenblast

Es gilt das gesprochene Wort! / Sperrfrist: Beginn der Rede

1. Einleitung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Schlagzeilen zur Finanzlage der Städte überbieten sich in Superlativen – leider in negativen.

Selbst die BILD-Zeitung titelte am Montag zu den Kommunalfinanzen: *„So pleite ist meine Stadt – die große BILD-Tabelle der Millionen-Schulden“*.
Dann muss die Lage wohl wirklich ernst sein.

Ein besonderes Zitat war im Spätsommer zu lesen:
„Es kann nicht sein, dass [...] vor allem der Bund, den Kommunen ständig Mehraufgaben überträgt – und sie finanziell anschließend damit allein lässt. [...]“

Das Zitat stammt nicht von einem besorgten Bürgermeister, sondern von Bundeskanzler Merz.

Ja: Es wäre gut, wenn Bund und Länder sich mehr auf das Subsidiaritätsprinzip besinnen würden.

Eingreifen und steuern, wenn eine untergeordnete Einheit eine Aufgabe nicht selbst lösen kann.
Aber nicht ständig Aufgaben an sich ziehen.

Der Bund hat bei großen Themen wie der Landesverteidigung und der Infrastrukturentwicklung so viele Aufgaben. Es ist daher wichtig, den Kommunen mehr Freiheiten und Ressourcen zu geben.

Solange dies nicht passiert, haben wir vor Ort große Schwierigkeiten, allen Herausforderungen, allen Aufgaben und allen Erwartungen der verschiedenen staatlichen Ebenen nachzukommen.

Gehandelt werden muss immer vor Ort.
Wie man es dreht und wendet: Die Haushaltsberatungen dieses Jahr werden schwierig.

Unser Ziel muss sein, dem Regierungspräsidium einen genehmigungsfähigen Haushalt vorzulegen.

2. Finanzsituation und Grundsteuererhöhung

Die finanzielle Situation, die dem Haushaltsentwurf zugrunde liegt, ist auch aufgrund unserer Sonderfaktoren atemberaubend schlecht:

- Ein Minus von 56,3 Mio. EUR im Ergebnishaushalt des Doppelhaushalts 26/27
- Ein Schuldenstand von 110 Mio. EUR in 2026 und 2027 von 127 Mio. EUR.

Deshalb müssen wir die Einnahmeseite unseres Haushalts betrachten.

Bei der Gewerbesteuer sind wir mit der Verwaltung einig: Es wäre Gift, in der jetzigen konjunkturell schwierigen Situation nochmals bei den Unternehmen an der Steuerschraube zu drehen.

Anders bewerten wir die Situation bei der Grundsteuer, insbesondere bei der Grundsteuer B.

Vergleicht man Städte mit ähnlicher Struktur wie Aalen im Land über 50.000 Einwohner, sieht man, dass Aalen einen vergleichsweise niedrigen Hebesatz bei der Grundsteuer B hat.

Die letzte Erhöhung des Grundsteuerhebesatzes war 2014 und seither hat unsere Stadt deutlich an Qualität zugelegt. Es wurde viel für die Bürgerschaft investiert: Beispielsweise der Ausbau der Kinderbetreuung, die Schulsanierungen, der Kulturbahnhof, das Hirschbachbad und vieles mehr.

Deshalb ist es angemessen, den Hebesatz bei der Grundsteuer B zu erhöhen, um die Einnahmen der Stadt an ihre Leistungen anzupassen.

Die Verbesserung auf der Einnahmenseite ist auch vor einem anderen Hintergrund wichtig: Kaum eine kommunalpolitische Diskussion kommt aktuell ohne das Hinterfragen von Freiwilligkeitsaufgaben aus.

Doch es ist zu einfach, stets Freiwilligkeitsaufgaben zu kritisieren. Es sind auch diese Aufgaben, die für die Lebensqualität und die Attraktivität in einer Stadt sorgen: Vereinsförderung, Kultur, Bäder, Grünflächen, Jugendförderung, Innenstadtentwicklung.

So überlegen sich daher einige Städte neue Einnahmemöglichkeiten - gerade für Ausgaben für Kultur- und Tourismus. Häufig werden Übernachtungsabgaben ins Auge gefasst.

Ganz aktuell sind Städte wie Schwäbisch Gmünd oder Ravensburg dabei, eine solche Abgabe für entgeltliche Übernachtungen einzuführen.

Angesichts von 206.000 Übernachtungen in Aalen 2024 wäre eine entsprechende Abgabe von 3 EUR auch für uns ein interessanter Einnahmebaustein.

Deshalb beantragen wir die Einführung einer solchen zweckgebundenen Abgabe in Höhe von drei Euro pro entgeltlicher Übernachtung, um die Kultur und den Tourismus zu fördern.

3. Zukunft des Konzerns Stadt Aalen

Die Krise und die notwendige Sanierung unserer Stadtwerke lenken das Augenmerk auf eine wichtige Frage: Wie soll die Zukunft des Konzerns Stadt Aalen auf verschiedenen Ebenen aussehen?

Auf Ebene der Stadtwerke führte die Sanierung dazu, dass wir den Verlustbringer Bäder zur Stadt übertragen. Die Stadtwerke werden entlastet und stabilisiert - nicht aber der städtische Haushalt.

Antrag:

Wir beantragen die Einführung einer zweckgebundenen Abgabe für entgeltliche Übernachtungen in Höhe von drei Euro pro Übernachtung, um die Kultur und den Tourismus zu fördern.

Dennoch wird der Druck auf die Stadtwerke Aalen hoch bleiben und sie werden künftig - mehr als wir das bislang gewohnt sind - unternehmerischer geführt werden müssen.

Uns hat als CDU-Fraktion die neu vorgelegte Studie des Verbandes Kommunalen Unternehmen vom August 2025 zu denken gegeben.

Titel: *„Mit vereinten Kräften – gezielte Kooperationen als Erfolgshebel der Energiewende“.*

Das Ergebnis: Die Studie erachtet Kooperationen für kommunale Unternehmen als ein probates Mittel, Stärken zu erhalten und gleichzeitig Effizienzpotenziale zu heben.

Die Autoren führen auch aus, dass große Herausforderungen wie die Transformation des Energiesystems nur im Schulterschluss gelingen.

Auch wir in Aalen müssen dringend unsere Stromnetze für die Energiewende fit machen und dafür große Mittel aufwenden. Wir sind überzeugt, dass wir in Aalen den Gedanken der Kooperation für uns und unsere Stadtwerke klären müssen.

Losgelöst von allen strategischen Gedanken gilt es, ein Riesenproblem bei den Stadtwerken anzupacken: das Abrechnungschao, das Tausende Kundinnen und Kunden frustriert. Hier erbitten wir einen Bericht von Geschäftsführer Michael Schäfer in einer der nächsten Gemeinderatssitzungen.

Auf Ebene der Bäder wird die neue Situation intensiv diskutiert. Die Ausgliederung der Bäder von den Stadtwerken in den städtischen Haushalt hat sofort unbequeme Debatten ausgelöst. Denn: Im Eigenbetrieb Bäder ist zukünftig exakt und öffentlich ablesbar, welches Defizit unsere Bäder haben.

Klar ist: Aufwendungen für Bäder wie im vorliegenden Doppelhaushalt in Höhe von 25,65 Mio. EUR – mehr als die Sanierung der Greutschule - und künftig jährliche Defizite von 9 Mio. EUR können wir uns auf Dauer nicht leisten.

Gut ist, dass alle Bäder-Teilorte sich hinter das Einsparpaket der Stadt mit verringerten Öffnungszeiten und Schließtagen stellen und auch mit bürgerschaftlichem Engagement gute Lösungen für unsere Bäder erarbeiten.

Antrag:

Die Stadtwerke Aalen GmbH sollen einen Bericht zu den Abrechnungsschwierigkeiten und dem weiteren Vorgehen zur Behebung der Probleme für die Kundinnen und Kunden im Gemeinderat abgeben.

Das Ziel für das Jahr 2026 muss sein, das Hirschbachbad zur vollen Leistung zu entwickeln. Dies ermöglicht es uns auch endlich wieder richtige Schwimmwettkämpfe unserer erfolgreichen Sportlerinnen und Sportler durchzuführen.

Effizienter und wirtschaftlicher müssen wir auch auf Ebene des Konzerns Stadt Aalen werden.

Wir beantragen, dass Stadt und städtische Töchter prüfen, Inhouse-Vergaben und gemeinsame Ausschreibungen bspw. für Reinigungsleistungen, für den Fuhrpark oder für EDV-Technik zu tätigen.

Die CDU-Fraktion sieht auch Potenzial für den Ergebnishaushalt im Bereich Forst/Wald/Holzvermarktung. Der Stadtwald mit 1.100 Hektar verursacht ein Minus von 316.300 EUR - laut vorgelegtem Doppelhaushalt.

Diesen Punkt möchten wir dringend hinterfragen: Andere – viel kleinere - Kommunen machen mit ihrem Stadtwald einen Gewinn - bspw. Bopfingen. Auch ForstBW macht es mit schwarzen Zahlen vor.

Antrag:

Prüfung von gemeinsamen Ausschreibungen und Inhouse-Vergaben für verschiedene Aufgaben wie Reinigungsleistungen, Fuhrparkmanagement und der Beschaffung bspw. von EDV-Technik.

Und Preise von bis zu 120 EUR pro Festmeter Holz sind beste Grundlagen, um Gewinn zu machen.

Wir beantragen ein „Zukunftskonzept Stadtwald“, wie wir im Ergebnis schwarze Zahlen erreichen und unsere Ziele mit Blick auf Nachhaltigkeit und Ökologie erreichen können.

4. Personalausgaben

Wie in den vergangenen Jahren auch, macht uns die Entwicklung der Personalkosten Sorgen.

Klar ist: Wir brauchen eine motivierte und gut ausgebildete Mitarbeiterschaft, um der Bevölkerung hervorragende Dienstleistungen zu bieten.

Aber: der Anteil der Personalkosten am Ergebnishaushalt mit knapp 30% ist so hoch, dass wir den Personalbereich nicht bei Sparbemühungen ausklammern können.

Wir wundern uns deshalb auch über manche Stellenausschreibung wie dem Referenten im Bereich der Wirtschaftsförderung, deren Sinn wir hinterfragen.

Antrag:

Erstellung eines Zukunftskonzeptes Stadtwald, wie wir mit unserem Stadtwald ein positives Ergebnis für den Haushalt erreichen und die Belange der Nachhaltigkeit und der Ökologie wahren können.

Antrag:

Arbeitsbericht des Amtes für Wirtschaft, Klima und Smart City zur inhaltlichen Arbeit des Amtes, zur ausgeschriebenen Stelle des Referenten und zum Stellenentwicklung in den letzten Jahren.

Andere Kommunen machen klare Ansagen:

Schwäbisch Gmünd: -5% über Fluktuation.

Esslingen: 200 Stellen -10% - bis 2030.

Landkreis Göppingen: -8% in acht Jahren.

Wir befürworten deshalb auch eine Zielvorgabe zur Senkung der Personalkosten bei der Verwaltung.

1.479 Menschen arbeiten bei der Stadt. In den nächsten 5 Jahren gehen 105 und in den nächsten 10 Jahren 316 Personen in den Ruhestand – 21%.

Mit moderner Technik und guter Organisation – Stichwort KI und digitale Prozesse – soll die Fluktuation genutzt werden.

Wir sagen: Keine Steigerung beim Personaletat im Doppelhaushalt 2026/27 über 83,5 Mio. EUR und einen Abbau von 3% in 3 Jahren und 10% der Stellen in 10 Jahren.

Wir erneuern unseren Antrag aus dem letzten Jahr für eine Personalstrukturanalyse um zu erfahren, wo wir im Vergleich anderer Städte liegen.

Antrag:

Wir beantragen die Fluktuation innerhalb der Stadtverwaltung unter Zuhilfenahme von KI-Lösungen und digitalen Prozessen zu nutzen um in den kommenden 10 Jahren mindestens 10 Prozent der Stellen zu reduzieren.

Antrag:

Erstellung einer Personalstrukturanalyse mit Partnern wie dem Städtetag Baden-Württemberg oder der Gemeindeprüfungsanstalt.

5. Schnelle Entwicklung städtischer Grundstücke für mehr Wohnraum

Der CDU-Fraktion ist seit jeher die schnelle Entwicklung städtischer Grundstücke immer ein wichtiges Anliegen. Oft haben wir angemahnt, Baugebiete wie unter anderem die Steine in Fachsenfeld schneller zu entwickeln.

Sehr zufrieden sind wir deshalb mit der raschen Entwicklung des Gebiets „Eichholzstraße“ in Hofen.

Aber trotz all unserer Aktivitäten ist nach wie vor die Nachfrage an Wohnraum in unserer Stadt hoch und verlangt schnelle Lösungen.

Auf der anderen Seite machen es uns fehlende finanzielle Spielräume schwer, bei der Entwicklung von Baugebieten rasch in Vorleistung zu gehen.

Unsere Überlegung: Wir müssen auch verstärkt auf die Aktivierung privaten Kapitals setzen.

Aus dieser Überlegung heraus beantragen wir, in einem neuen Baugebiet einen anderen Weg zu gehen:

Hinweis:

Dies gilt auch für die Baugebiete Heidfeld (Waldhausen), Birkäcker (Dewangen), Hölläcker (Ebnat) und Pfromäcker/Himmlinger Weg (Unterkochen)

Die komplette Entwicklung eines Baugebiets durch einen privaten Investor – nicht nur mit Gebäuden, sondern auch mit der Infrastruktur wie Straßen, Versorgungsinfrastruktur, Gemeinflächen.

Als eine mögliche Fläche beantragen wir die beschlossene Potenzialfläche AA4 – „Himmlinger Blick“, die im Eigentum der Stadt ist, vorzuziehen und nach der Bauleitplanung an einen privaten Investor zur Entwicklung abzugeben.

Kritisch sehen wir in Bebauungsplänen auch Hemmnisse wie den Stellplatzschlüssel in Teilen des Baugebiets Wohnen am Tannenwäldle.

Erstwohnsitzoffensive

Sie Herr Oberbürgermeister haben in Ihrer Haushaltsrede die Zensus-Ergebnisse beklagt. Damit sind wir in Deutschland nicht alleine.

Die Nordsee-Insel Spiekeroog sah sich 25% der Einwohner durch den Zensus beraubt. Der Bürgermeister wollte daraufhin alle Einwohner für ein Gruppenbild versammeln, um der Landesregierung zu zeigen, dass keiner fehlt.

Antrag:

Vorziehen des Baugebiets AA4 Himmlinger Blick und Abgabe des Gebiets nach der Bauleitplanung an einen privaten Investor zur kompletten Entwicklung.

Die Fläche ist mit 1,2 Hektar für ca. 85 Bewohnerinnen und Bewohner angegeben und liegt südlich der Spenglerstraße und östlich der Kantstraße über dem Taufbachtal.

Antrag: Änderung des Stellplatzschlüssels für Tiefgaragenstellplätze auf den nördlichen Grundstücken 1,2,3 und 4 im Gebiet Wohnen am Tannenwäldle von 0,3 auf 0,7.

Im Ernst: In Aalen weist der Zensus 67.600 Einwohner aus, während das Einwohnermeldeamt aktuell 68.200 Menschen mit Erstwohnsitz zählt.

Diese Differenz ist ärgerlich, weil jeder mit Erstwohnsitz gemeldete Einwohner im Kommunalen Finanzausgleich bares Geld wert ist.

Deshalb beantragen wir, dass die Verwaltung eine Offensive für mehr Erstwohnsitze startet.

6. Bildung und Betreuung

Im Bereich von Betreuung und Bildung sieht die CDU-Fraktion die Stadt auf einem guten Weg.

Bei der Kinderbetreuung haben wir riesige Kapazitäten geschaffen – tausend Plätze in zehn Jahren. Ein weiterer Aufbau muss sich an der Bevölkerungsentwicklung orientieren.

Sorgen macht uns der Erhalt der Trägervielfalt. Gerade die landesweite Entwicklung bei kirchlichen Kitas, Einrichtungen zu schließen, kann dazu führen, dass wir als Stadt belasten werden.

Antrag:

Durchführung einer Erstwohnsitz-offensive für unsere Stadt.

Mit Partnern wie der Hochschule, Unternehmen und städtischen Töchtern, aber auch bspw. mit dem stichprobenmäßigen Abgleich des Registers mit Briefkästen und Klingelschildern.

Bei den Schulen erwarten wir gespannt den Prozess der Schulentwicklungsplanung und blicken positiv auf Investitionen wie die Karl-Kessler-Schule Wasseralfingen mit 30-40 Mio. EUR Bauvolumen oder Grundsatzbeschlüsse wie die Sanierung der Uhland-Realschule und des THG.

Sorgen macht uns die Gesundheit unserer Schulkinder. Immer mehr Kinder brauchen auch psychologische Angebote und müssen teilweise 9-12 Monate auf einen Termin warten. Wir bitten deshalb die Verwaltung und die Schulpsychologische Beratungsstelle, dieses Problem mit einem Bericht aufzuarbeiten.

7. Sicherheit in der Stadt

Beim Thema Sicherheit in unserer Stadt gibt es für die CDU-Fraktion eine klare Prämisse: Keine Einsparung beim Thema Sicherheit.

Viele Rückmeldungen bekamen wir von Bewohnern und Gewerbetreibenden aus dem Bereich ZOB/Stadtgarten, die sich dort mehr Sicherheit wünschen. Sie belastet die Situation am Ort. Auch der Wegzug war für manche ein Gedanke.

Antrag:

Bericht über die Gesundheit unserer Schulkinder insb. mit Blick auf die Notwendigkeit psychologischer Angebote an den Aalener Schulen mit der Schulpsychologischen Beratungsstelle.

Um konkret ins Gespräch zu kommen, beantragen wir einen Quartiersrundgang im Quartier ZOB/Stadtgarten im kommenden Jahr.

Klar ist, dass wir an unserem Maßnahmenpaket festhalten: Mehr Präsenz des KOD, mehr Kooperation mit der Polizei, mehr Streetworking, und mehr Sauberkeit.

Ein oft geäußelter Wunsch ist die Überwachung neuralgischer Punkte per Video. Wir bitten deshalb der Stadtverwaltung zu prüfen, ob neue rechtliche Möglichkeiten zur Erleichterung von Aufzeichnungen im öffentlichen Raum von uns genutzt werden können.

Gerade in der dunklen Jahreszeit besteht der Wunsch nach mehr Helligkeit für mehr gefühlte Sicherheit: bspw. im Fahrradparkhaus am Bahnhof. Aber auch an anderen Stellen wie dem Fußweg im Heimatwinkel Richtung Hochschule.

Diesen Wunsch befürworten wir und beantragen einen Rundgang nach Einbruch der Dunkelheit zu verschiedenen Angsträumen.

Antrag:

Durchführung eines Quartiersrundgangs im Quartier ZOB/Stadtgarten im folgenden Jahr auch mit externen Partnern wie der Polizei.

Antrag:

Prüfung der gesetzlichen Möglichkeiten für einen Videoschutz an kriminalitätsbelasteten Orten nach der Änderung des Landesdatenschutzgesetzes

Antrag:

Wir beantragen die Verbesserung der Beleuchtung im Fahrradparkhaus am Bahnhof und die Einrichtung einer Beleuchtung entlang des Fußwegs im Heimatwinkel.

Antrag:

Rundgang nach Einbruch der Dunkelheit an dunklen Stellen und Angsträumen in der Innenstadt.

Ein Ärgernis sind Autorennen auf der Osterbacher Steige. Sie belasten weite Teile der Stadt und unseren Wohnmobilstellplatz bei den Limesthermen mit Lärm. Wir beantragen ein Maßnahmenpaket, wie wir die Situation verbessern können.

Antrag:

Maßnahmenpaket gegen die Raserszene an der Osterbacher Steige und dem Parkplatz an den Limesthermen.

8. Sport und Vereine

Die Einigung mit den Sportfachverbänden über die Sportförderung zur Finanzierung von Projekten bis 2029 und der Grundsatzbeschluss zur Anpassung der Sportförderrichtlinien sind sehr wertvoll in der jetzigen angespannten HH-Diskussion.

Wichtig ist für uns, dass wir das Sondervermögen des Bundes für unsere Sportstätten nutzen. Dies wäre insbesondere für die dringende Sanierung der Sporthalle Unterkochen interessant.

Antrag:

Nutzen der Mittel des Sondervermögens des Bundes für die Ertüchtigung von Sportstätten in Aalen bspw. der Sporthalle Unterkochen.

Bei den Gebührenanpassungen für die Nutzung von Sporteinrichtungen müssen wir sensibel mit unseren Vereinen umgehen. Einige überlegen, weniger Veranstaltungen und Trainingszeiten in Aalen anzubieten. Höhere Gebühren und Leistungen müssen deshalb in Einklang stehen.

9. Mobilität

Für den Wirtschaftsstandort Aalen ist die Lösung von Mobilitätsproblemen wichtig: Insbesondere die Ertüchtigung der Schieneninfrastruktur. Mit dem Bau des Bahnhofs Aalen-West machen wir im nächsten Jahr einen großen Schritt. Klar ist, dass der Bahnhof an den ÖPNV angebunden sein muss.

Zahlreiche Pendler sind durch die Situation auf der B19 und der B29a belastet. Dauerstau ab dem Burgstallkreisel nach Oberkochen oder 20minütige Wartezeiten an der Ampel in Unterkochen.

Das Problem: nicht nur der MIV sondern auch der ÖPNV leidet unter der Verkehrssituation.

Deshalb die Frage: Wie geht es auf der Achse Ebnat-Unterkochen-Oberkochen weiter?

Die Stichworte: Albaufstieg, Brückenneubau, Anschlussstellen und Lärmschutz bspw. in Ebnat.

Die CDU beantragt, dass wir mit der neuen Spitze im Verkehrsministerium ab Frühjahr 2026 zu diesen Themen ins Gespräch kommen.

Antrag:

Durchführung eines Dialogs mit der neuen Spitze des Verkehrsministeriums bezüglich der Themen Albaufstieg, Brückenneubau, Anschlussstellen und Lärmschutz bspw. in Ebnat.

10. Schluss

Wir haben dieses Jahr angesichts der Haushaltslage viel über sehr technische und zahlenlastige Dinge gesprochen.

Grundsatzfragen, was beispielsweise unsere Stadtgesellschaft zusammenhält, stehen leider hinten an. Vielleicht hilft uns das Jubiläum der 50. Ausrichtung der Reichstädter Tage 2026 über die Frage etwas nachzudenken.

Deshalb möchten wir uns am Ende des Jahres bei allen ehrenamtlich Engagierten ausdrücklich bedanken.

Zum Schluss möchten wir uns wie immer bedanken bei der Verwaltung für ihre engagierte Arbeit und der Kämmerei für den vorgelegten Haushalt.

Wie in den vergangenen Jahren bitten wir um die Unterstützung unserer Anträge durch die anderen Fraktionen. Herzlichen Dank und Glück auf.

Zusätzliche Anträge, die nicht im Redetext vorkommen:

- Durchführung einer Organisationsuntersuchung bei der Beteiligungsverwaltung: Der Konzern Stadt Aalen wird immer komplexer und bedarf einer Steuerung auch von Seiten der Stadt. Eine Organisationsuntersuchung soll deshalb darlegen, wie schlagkräftig unsere Beteiligungsverwaltung und unser internes Controlling aufgestellt sind, um die komplexen Aufgaben wahrzunehmen.
- Überarbeitung der Venuzle-Software für das Sportstätten-Management: Viele Vereine kritisieren die Software als zu kompliziert oder fordern Verbesserungen. Gemeinsam mit den Sportverbänden und den Vereinen sollen Verbesserungen diskutiert werden, damit die Ehrenamtlichen es leichter haben.
- Antrag Azubi-Wohnen: Die Stärkung des Berufsschulstandorts Aalen ist für unsere Unternehmen sehr wichtig und ein Standortvorteil. Durch die stärkere Zentralisierung werden manche Ausbildungsberufe nur noch an wenigen Standorten im Blockunterricht angeboten (Beispiel Feinoptiker). Das Thema Azubi-Wohnen ist daher sehr wichtig und auch die Betreuung der minderjährigen Auszubildenden muss mitgedacht werden. Wir beantragen, dass die Stadt die Möglichkeiten des Azubi-Wohnens gemeinsam mit dem Jugendwerk und unserer Wohnungsbau prüft, ebenso wie die entsprechenden Förderungen des Bundes und Landes zu Sanierung der Gebäude und den Lotsen für die Azubi-Wohnstätten.
- Abschaffung AK Rad in der jetzigen Form: Der Arbeitskreis Rad ist ein sehr großes, schwerfälliges Gremium. Wir beantragen von der Verwaltung eine Neuausrichtung hin zu einem flexibleren und schlankeren Format.
- Klimabeirat verschlanken: Wir beantragen eine Neuausrichtung mit dem Wegfall der externen Experten hinzu mehr Anwendungsorientierung aus der Region heraus um ganz konkret städtische Herausforderungen zu bearbeiten, wie beispielsweise den Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur in Aalen.

- Erstellung einer Übersicht über Baulandpotenziale im Besitz der Stadt, die rasch veräußert werden können: Dies gilt insbesondere für Baulücken an Ortsrandlagen oder Bauplätze wie das so genannte „Bürgermeister-Grundstück“ im Hüttfeld oder an der Eichendorff-Straße im Pelzwasen bzw. das Areal rund um die Schindgasse in Ebnet.
- Prüfung ob die Aufwertung der Anton-Huber-Straße aus Mitteln des Sondervermögens des Bundes schneller erfolgen kann.